

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 9 (2003), Heft 09
Berlin, 15. Oktober 2003

Herausgeber
Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn
DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin
Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Ole Rönnau (or), Anna Baranski (ab)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82, Fax -80
eMail: info-berlin@dnr.de
Internet: www.dnr.de/drbb

Abonnement-Verwaltung
Thomas Kreuzberg, Geschäftsstelle Bonn
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik
Design: Florian Braun/terralisto, Berlin
Layout: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn
Internet: Holger Klitzke/describe it, Berlin

Gastartikel
Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und redaktionelle Bearbei-
tung vor. Namentlich gezeichnete Beiträ-
ge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 15. jeden Monats.

Copyright
Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.
Eine regelmäßige freie Weitergabe des
Heftes ist nicht zulässig.

Förderhinweis
Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Wir ziehen Bilanz: www.nachhaltigkeits-check.de

Liebe Leserin, lieber Leser,
vor 1½ Jahren hat die Bundesregierung ihre "Nationale Nachhaltigkeitsstrategie" verabschiedet, um eine zukunftsfähige Entwicklung in Deutschland auf den Weg zu bringen. 21 Ziele und Indikatoren wurden hierbei verbindlich festgelegt, rund die Hälfte davon betreffen Umwelt und Naturschutz.

Für das kommende Jahr hat die Bundesregierung nun einen Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie angekündigt. Gleichzeitig startet sie einen Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft, der den Umweltverbänden die Möglichkeit bietet, Bilanz zu ziehen und sich an der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen.

Der DNR wird gemeinsam mit seinen großen Mitgliedsverbänden BUND und NABU diese Chance zur politischen Einmischung nutzen und stellt die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie und deren Umsetzung auf den Prüfstand:

- Sind die Ziele der Strategie aus Sicht der Umweltverbände überhaupt ausreichend und sinnvoll gewählt?
- Sind die gewählten Indikatoren geeignet, die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zu bewerten?
- Wird die Nachhaltigkeitsstrategie in der aktuellen Politik umgesetzt und bei großen Vorhaben wie dem Bundesverkehrswegeplan, der Überarbeitung des Klimaschutzprogramms, der Agenda 2010 und der Bildungsreform berücksichtigt?
- Hat die Regierung erste Erfolge für die Realisierung nachhaltiger Entwicklung vorzuweisen? Welche Maßnahmen sind noch notwendig?

Diesen Fragen sind wir nachgegangen und haben für die Indikatoren und Ziele im Bereich Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Flächeninanspruchnahme, Artenvielfalt, Bildung, Mobilität, Ernährung und Entwicklungszusammenarbeit erste Bilanzen erstellt. Auf unserer neuen Internetseite www.nachhaltigkeits-check.de können Sie sie nachlesen.

Sie sind eingeladen, sich auf Basis dieser Stellungnahmen kreativ und konstruktiv an dem Diskussionsprozess zur Nachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen. Ihre Anregungen und Kommentare sind willkommen.

Ihre
Annette Littmeier
DNR-Kooperationsprojekt "Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation"

2 Impressum

3 Editorial

- DNR stellt Nationale Nachhaltigkeitsstrategie auf den Prüfstand

5 Abfall, Emissionen, Chemie

- Dreijährige Kinder-Umwelt-Studie
- Schadstoffe in Innenräumen
- Augsburg vermindert Lichtintensität
- Folgen der Digitalisierung

8 Agrar, Verbraucher

- Ökobarometer zum Bioprodukte-Kauf
- Mehr Öko-Bauernhöfe
- Preiskampf schwächt Bio-Bauern
- "Regionen Aktiv": Zwischenbilanz
- Kritik an UVP für Tierhaltungsanlagen
- Weichmacher noch gefährlicher?
- 15 Jahre Neuland-Fleisch
- Filmspots über Ökolandbau im Kino
- CDU/CSU: Mehr Energie aus Raps

12 Energie, Klima

- Nationaler Klima-Allokationsplan
- Nationaler Inventar-Bericht
- EEG: Subventionsdebatte
- Geld für Dämmen mit Naturmaterial
- Energiewende: Frauen konsequenter
- Atommüll: Endlagersuche blockiert
- Castorblockierer im Unrecht?

16 Gentechnik

- Mit Gentechnik-freien Zonen den Ökolandbau retten
- Existenz des Ökolandbaus bedroht

18 Nachhaltigkeit

- Strategien für Umwelt-Politikwandel
- Nachhaltigkeitsstrategie: Monitoring
- Umweltkommunikation unzureichend
- Bildungsdekade für Nachhaltigkeit
- "Zukunftsfähige Kommune" gekürt
- Nachhaltige Berggebietspolitik: Gespräch mit Umweltminister Trittin
- NABU zur Gemeindefinanzreform

26 Naturschutz, Artenschutz

- Jagdgesetz-Novelle: DNR informierte
- Bundesbürger gegen Vogeljagd
- DNR zur Artenschutzverordnung
- Wildtiergerechte Stilllegungsflächen
- Maisanbau in Auengebieten gestoppt
- Wald wird ökologisch umgebaut
- Waldböden: Langsame Versauerung
- Jugendliche: Kaum Naturkenntnisse
- Stadtgrün sichert Lebensqualität
- Laubsauger vernichten Kleintiere
- LNV kritisiert Flurneuordnung
- Verbot von Wildtieren in Zirkussen

32 Verkehr, Tourismus

- Trittin und Mehdorn: Bahn wird billiger, leiser und praktischer
- Vogelschutzgebiet: Kein Straßenbau

34 Wasser, Meere

- JadeWeserPort: Umweltrisiken
- Wassergefährdende Stoffe bewertet
- Landwirtschaft schädigt Ostsee
- Drainagen-Spülung gefährdet Bäche
- Giftfreie Schiffsoberflächen

36 Verbände

- Umweltverbände beim Bundeskanzler: Nachhaltigkeitspolitik eingefordert
- DBU-Umweltpreis 2003 verliehen
- 25 Jahre GSM
- DNR-Konferenz: Umweltbewegung braucht neue Visionen

38 Service

- Ausschreibung: Frauen-Umweltpreis
- Termine, Umweltsendungen, Infodienste

Umweltpolitik als rot-grüne Erfolgsgeschichte

Strategien für einen Politikwandel
Nach fünfjähriger Amtszeit scheint die Umweltpolitik eine der wenigen Erfolgsgeschichten der rot-grünen Regierung zu sein. Die Umweltpolitik ist ein wichtiger Eckpfeiler rot-grüner Politik in Deutschland. Gerade dieses Politikfeld ist bestimmend für die Identität der Grünen und somit ein wichtiger Maßstab für das öffentliche Ansehen dieser Partei.

Im Jahre 1998 hatten Bündnis 90/Die Grünen als Koalitionspartner in der Bundesregierung zum ersten Mal die Gelegenheit, selbst in die nationale Umweltpolitik einzugreifen. Dies änderte ihre Machtposition grundlegend, denn bestimmte Themen - etwa der Ausstieg aus der Atomenergie - fallen in die Kompetenz des Bundes. Nach den Wahlen von 1998 konnte zumindest in einigen Politikbereichen ein radikaler Politikwandel erwartet werden. Da solche fundamentalen Pfadwechsel für die Bundesrepublik eher untypisch sind, weil eine "Politik des mittleren Wegs" bevorzugt wird und generell eine Tendenz zu Kontinuität und Stabilität vorherrscht, ist es naheliegend zu untersuchen, ob und wie die neue Gelegenheitsstruktur die deutsche Umweltpolitik verändert hat.

Zwar haben internationale Vergleichsstudien gezeigt, dass sich die Umweltpolitik der etablierten Parteien kaum voneinander unterscheidet, es ist aber immer noch eine offene Frage, ob es einer grünen Partei gelingen kann, einen Wechsel des Politikpfads zu initiieren. Ist radikaler Politikwandel in einer solchen Situation möglich? Welche Handlungsspielräume bestehen zwischen der Pfadabhängigkeit der nationalen Politik einerseits und der Tendenz zu globaler Politikkonvergenz andererseits? ▶

Vor den Bundestagswahlen von 1998 galt Deutschland in einigen Bereichen der Umweltpolitik als Vorreiter, in anderen jedoch als Nachzügler. So hatte die Bundesrepublik zwar ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm initiiert, gleichzeitig aber zu einigen wesentlichen Bereichen der Agenda 21 noch keine Entscheidungen getroffen, obwohl die meisten OECD-Länder ihren Verpflichtungen bereits nachgekommen waren. Nach den Wahlen bestand daher zumindest in einigen Feldern die Chance, aufzuholen und in die internationale Spitze vorzustoßen.

Vier Politikstrategien

Um feststellen zu können, wie die bestehenden Handlungsspielräume von der rot-grünen Regierung genutzt wurden, bietet sich ein konzeptioneller Ansatz an, der zwei Dimensionen umfasst: das Ausmaß des Politikwandels, der entweder radikal oder lediglich moderat sein kann, und Deutschlands Stellung im internationalen Vergleich als Vorreiter oder Nachzügler. Auf dieser Grundlage lassen sich vier Typen von politischen Strategien und Durchsetzungsmustern unterscheiden und auf die deutsche Umweltpolitik anwenden (siehe Tabelle).

Strategie 1: "Vorangehen" - Beispiel Energiepolitik

Tritt ein radikaler Politikwandel in einem Bereich auf, in dem ein Land bereits eine internationale Spitzenposition inne hatte, wird dies als "Strategie des Vorangehens" ("moving first") bezeichnet. In diesem Fall gibt es noch kein international akzeptiertes Vorbild, und der Politikwandel wird nicht durch internationale Entwicklungen erleichtert, sondern beruht vornehmlich auf nationalen Innovationen und Initiativen. ▶

Die deutsche Energiepolitik kommt diesem Typus relativ nahe. In diesem Bereich ist es der Bundesrepublik mit einer wirkungsvollen Kombination von innovativen Strategien gelungen, eine Spitzenposition zu erreichen, einer internationalen Institutionalisierung den Weg zu ebnen und andere Länder zur Nachahmung anzuregen. Der radikale Politikwandel beim Ausstieg aus der Kernenergie verhalf Deutschland zu einer internationalen Spitzenposition.

Das deutsche Modell unterscheidet sich fundamental von der in anderen großen EU-Ländern verfolgten Politik (Frankreich, Großbritannien), ist weitreichender als die in anderen Staaten erzielten Kompromisse (z.B. Belgien), und zudem hatte diese Politik direkte Auswirkungen auf andere Länder (z.B. Schweden). Bei den erneuerbaren Energien gab es zwar bereits innovative Ansätze, bevor die rot-grüne Regierung an die Macht kam, diese Politik wurde jedoch konsequent fortgesetzt und führte zu einer außerordentlich dynamischen Entwicklung. Deutschland hat in diesem Feld zweifellos einen Vorreiterstatus erreicht und verfolgt nun eine proaktive Politik mit internationaler Ausrichtung.

Strategie 2: "Aufholen" - Beispiel Ökosteuer

Findet ein radikaler Politikwandel in einem Land statt, das in diesem spezifischen Politikbereich ein Nachzügler ist, so kann von einer "Strategie des Aufholens" ("catching up") gesprochen werden. Gibt es bereits international anerkannte Vorbilder, ist mit geringeren Transaktionskosten und Risiken zu rechnen. Obwohl solche Modelle sich nicht immer reibungslos auf andere Länder übertragen lassen, erleichtern solche Rahmenbedingungen den Politikwandel. ▶

Tabelle: Politikstrategien

Internationale Position	Art des Politikwandels	
	Radikaler Wandel	Moderater Wandel
Vorreiter	(1) Vorangehen ("moving first") Beispiel: Energiepolitik	(3) In Führung bleiben ("staying ahead") Beispiel: Klimapolitik
Nachzügler	(2) Aufholen ("catching up") Beispiel: Ökosteuer	(4) Zurückbleiben ("lagging behind") Beispiel: Nachhaltigkeitsstrategie

Eine derartige Strategie wurde durch die ökologische Steuerreform verfolgt, einem wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem nachhaltigen Strukturwandel der Wirtschaft. Der radikale Politikwandel wurde in diesem Bereich durch die Tatsache erleichtert, dass das Thema Bestandteil der Wahlprogramme beider Koalitionsparteien war. Deutschland konnte durch die verfolgte Strategie seine internationale Position erheblich verbessern. Erfolgreiche Modelle aus Vorreiterländern dienten als Referenzpunkte für die Akzeptanz der Ökosteuer, die nach jahrelanger Diskussion endlich eingeführt wurde. Obgleich offen bleibt, ob die Reform langfristig erfolgreich sein wird, konnte die Bundesregierung mit den fortgeschritteneren Ländern in diesem Feld gleichziehen.

Strategie 3: "In Führung bleiben" - Beispiel Klimapolitik

Zeichnet sich ein moderater Politikwandel in einem Land ab, das bereits eine internationale Vorreiterrolle innehatte, haben wir es mit einer "Strategie des Erhalts der Führungsposition" ("staying ahead") zu tun. In diesem Fall führen die Vorleistungen der vorherigen Regierung zu einer guten internationalen Reputation des Landes in dem spezifischen Politikbereich.

Ein typischer Fall hierfür ist die deutsche Klimapolitik. Hier hat die Politik der konservativliberalen Regierung entscheidend zur Führungsrolle der Bundesrepublik in der internationalen Arena beigetragen, d.h. die Weichen für die innovative deutsche Klimapolitik wurden bereits vor 1998 in die richtige Richtung gestellt. In diesem Bereich ging es daher vor allem darum, in Führung zu bleiben. Diese Strategie war erfolgreich, denn Deutschland ist es durch moderate Veränderungen gelungen, seine Spitzenstellung im Klimaschutz zu behaupten. Die Bundesrepublik präsentiert sich daher auch in der zweiten rot-grünen Legislaturperiode als internationaler Vorreiter im Klimaschutz und wirkt gleichzeitig als treibende Kraft auf EU-Ebene. Gegenüber anderen westlichen Industrieländern war Deutschland allerdings im Vorteil, da ein Teil der Reduktion der CO₂-Emissionen eine direkte Folge der strukturellen Umbrüche in Ostdeutschland war. ▶

Strategie 4: "Zurückbleiben" -

Beispiel Nachhaltigkeitsstrategie

Schließlich gibt es noch eine vierte mögliche Kombination: Obgleich ein Land im betreffenden Politikfeld im internationalen Vergleich ein Nachzügler ist, kommt es nur zu moderaten Veränderungen der Politik ("lagging behind").

Als ein Beispiel im Bereich der deutschen Umweltpolitik kann hier die Entwicklung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie genannt werden. Hier haben die Versäumnisse der Vorgängerregierung und die Politik der rot-grünen Koalition dazu geführt, dass Deutschland international immer noch nicht zu den Spitzenreitern aufschließen konnte. Zwar wurde in der ersten Amtsperiode der rot-grünen Regierung eine Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt und verabschiedet, im Gegensatz zu ihrem Vorreiterstatus in anderen Bereichen liegt die Bundesrepublik hier aber immer noch hinter anderen Ländern zurück (z.B. den Niederlanden oder Schweden), die innerhalb der letzten Jahre ihre nationalen Umweltpläne und Nachhaltigkeitsstrategien systematisch weiterentwickelt haben. Das Interesse von Regierung und verantwortlichen Behörden an der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie scheint gegenwärtig eher begrenzt.

Radikaler Wandel seit 1998

In ihrer ersten Legislaturperiode hat die rot-grüne Koalition die Koordinaten für neue umweltpolitische Prioritäten festgelegt. Die Rolle des grünen Koalitionspartners als treibende Kraft zeigt, wie wichtig die innovativen Kapazitäten grüner Parteien für die Regierung sind. Trotz aller -berechtigter - Kritik bleibt die umweltpolitische Wirkung der rot-grünen Regierung bemerkenswert.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der deutschen Umweltpolitik muss die generelle Annahme, die Chancen für einen radikalen Politikwandel würden durch nationale Pfadabhängigkeiten begrenzt, modifiziert werden. Die Analyse der rot-grünen Umweltpolitik zeigt erstens, dass während der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung in einigen Feldern der Umweltpolitik ein radikaler Politikwandel stattgefunden hat, und zwar beim Atomausstieg und bei der ökologischen Steuerreform. ▶

► Der Regierungswechsel 1998 führte in diesen Bereichen, die von Anfang an hohe Priorität für die Grünen hatten, zu einem Wechsel des Politikpfads. Vor allem der Ausstieg aus der Kernenergie kann als eines der Hauptziele grüner Politik betrachtet werden, das während der Regierungszeit erreicht werden sollte. Solche Pfadwechsel scheinen nur möglich zu sein, wenn die treibenden Kräfte stark genug sind. Selbst dann müssen in der Regel aber Kompromisse eingegangen werden, d.h. die Grünen waren häufig zu Zugeständnissen gegenüber den Sozialdemokraten gezwungen.

Zweitens wird deutlich: Ein Politikwandel ist offensichtlich besser durchzusetzen, wenn sich entsprechende Politikinnovationen in Pionierländern bereits bewährt haben und im politischen Prozess auf ausländische Erfolge verwiesen werden kann. Da sich in einigen europäischen Ländern verschiedene Formen der Ökologisierung des Steuersystems bereits etabliert hatten, konnte die Tatsache, dass Deutschland in diesem Bereich im Vergleich zu anderen Ländern ins Hintertreffen geraten war, als Argument für die Einführung von Ökosteuern genutzt werden. Deutlich sind diese Effekte auch bei der Entwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Hier gaben internationale Verpflichtungen sicherlich den Ausschlag für die nationalen Initiativen.

Internationale Ausrichtung

Drittens verfolgt Deutschland in Bereichen, in denen das Land Vorreiter ist, multilaterale Strategien: Um die eigene Position zu sichern, werden andere Länder zur Übernahme ähnlicher Politiken veranlasst. Dies erklärt das Streben der rot-grünen Bundesregierung nach multilateralen Arrangements und internationalen Vereinbarungen. Die stark ausgeprägte internationale Ausrichtung ist als Tribut an Deutschlands internationale Stellung zu betrachten. Es ist das Ziel, die Spitzenstellung zu halten, die Deutschland in einigen umweltpolitischen Bereichen erlangt hat. ►

Wenn andere Länder ähnliche Politikansätze wählen und vergleichbare Standards einführen, erhöht sich die internationale Akzeptanz deutscher Politik. Wettbewerbsnachteile und das Risiko der internationalen Isolation werden vermieden. Die Bundesrepublik fungiert daher in bestimmten Bereichen als Katalysator für die Durchsetzung einer progressiven Umweltpolitik.

Die jüngsten Entwicklungen legen den Schluss nahe, dass die Regierung entschlossen ist, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Da die wichtigsten Umweltprojekte in der vergangenen Legislaturperiode begonnen wurden, wird sie sich nun hauptsächlich der Absicherung und Erweiterung der Politiken widmen müssen, um die "ökologische Modernisierung" voranzutreiben. Während 1998 zumindest in einigen Bereichen ein radikaler Politikwandel erwartet werden konnte, ist anzunehmen, dass die zweite Legislaturperiode hauptsächlich durch eine Stabilisierung der initiierten Umweltpolitik charakterisiert sein wird.

Deshalb dürften im Gegensatz zu den ersten vier Jahren ähnlich lautstarke öffentliche Kontroversen weniger wahrscheinlich sein. Allerdings könnten - als Nebeneffekt - Umweltthemen in den Medien und in der Öffentlichkeit stärker aus dem Blick geraten. Trotz ihres Erfolges bei den Bundestagswahlen 2002 werden die Grünen es schwer haben, ihren Einfluss in der Koalition zu sichern. Es ist bereits offenkundig, dass Deutschlands schlechte Wirtschaftslage die politische Agenda zum Nachteil grüner Politik verändern wird - etwa bei der Ökosteuer.



Gastautorin: Kristine Kern,
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Monitoring-Workshop zur Nachhaltigkeitsstrategie

Zwischenbilanz von DNR, BUND und NABU am 24./25. Oktober in Berlin
Ende Oktober findet in Berlin ein zweitägiger gemeinsamer Workshop von DNR, BUND und NABU zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie statt. Im April 2002 hat die Bundesregierung die "Nationale Nachhaltigkeitsstrategie" verabschiedet und sich damit verbindlich auf langfristige umweltpolitische Zielsetzungen festgelegt, z.B. zum Klimaschutz, zur Verringerung der weiteren Flächeninanspruchnahme und zum Ausbau des ökologischen Landbaus. Entscheidend ist nun, dass diese Ziele auch erreicht werden. Da die Bundesregierung 2004 einen Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet wird, ist es Zeit für eine erste Bilanz.

Hält die Bundesregierung, was die Nachhaltigkeitsstrategie verspricht?

Die Umweltverbände haben ein Monitoring gestartet, um den Stand der Umsetzung zu beurteilen: Hat die Regierung erste Schritte und Maßnahmen zur Umsetzung eingeleitet? Hat sie Zwischenschritte und erste Erfolge bei der Erreichung der langfristigen Ziele vorzuweisen? Inwiefern werden die Nachhaltigkeitsziele bei aktuellen Politikvorhaben berücksichtigt, etwa beim Bundesverkehrswegeplan und bei der Überarbeitung des Klimaschutzprogramms? Die ersten Ergebnisse sollen auf dem Workshop mit VertreterInnen von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und der Bundesregierung diskutiert werden: Welche Perspektiven ergeben sich daraus für die anstehende Weiterentwicklung der Strategie?

Neben Podiumsdiskussionen finden Arbeitsgruppen zu dem Themenbereichen Klima/Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Flächeninanspruchnahme statt. Zur Vorbereitung auf den Workshop sind die bisherigen Ergebnisse des Verbände-Monitorings im Internet dokumentiert (www.nachhaltigkeits-check.de). (al) ■ ●

Kommunikation von Umweltthemen verbessern

"Nachhaltigkeit" für die meisten Menschen noch ein Fremdwort. Anforderungen an eine moderne Umweltkommunikation haben Experten auf der Fachtagung "Zukunftsfähige Kommunikation" im Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) im September diskutiert. Wissenschaftler, Medienfachleute und Praxisvertreter versuchten dabei eine Vision nachhaltiger Kommunikation zu entwerfen. Für die Umsetzung neuer Medien-Projekte stellte die DBU 5 Millionen Euro zur Verfügung.

Zwar sind laut DBU in den vergangenen Jahren bei der Vermittlung von Umweltthemen Erfolge erzielt worden, aber "Nachhaltigkeit" konnte der Mehrheit der Bevölkerung offenbar nicht nahe gebracht werden. Laut Umfragen ist etwa 95 Prozent der Weltbevölkerung der Begriff "Sustainable Development" (nachhaltige Entwicklung) nicht bekannt. Die "Agenda 21" von Rio können nur erfolgreich sein, wenn das Konzept der "Nachhaltigen Entwicklung" von der gesamten Bevölkerung getragen werde, so die DBU. Kommunikationswege, die breite Bevölkerungsgruppen ansprechen, müssten dazu intensiv genutzt werden.

Mehr lokale und regionale Umweltberichterstattung erforderlich
Dabei komme den Medien eine zentrale Bedeutung zu: Sie müssten rechtzeitig und richtig über ökologische Probleme, aber auch über Gefahren informieren, die sich der unmittelbaren Wahrnehmung entziehen. Dazu gehören nach Auffassung der DBU radioaktive Strahlung und Gifte wie Dioxin. Hier sei eine sachliche, ausgewogene und realitätsnahe Information breiter Bevölkerungsschichten unumgänglich. Auch die Darstellung positiver Beispiele und vorbildlicher Lösungsansätze, die Mut machen und zur Nachahmung anregen, seien wichtig.

Die Massenmedien blieben im Hinblick auf Umweltfragen häufig hinter ihren Möglichkeiten zurück, so die DBU. Zu selten werde beispielsweise über regionale Umweltthemen berichtet. Dabei könnten mit einer gelungenen Darstellung bereits Grundschulkindern erreicht werden, wie die von der DBU initiierte Medieninitiative "Graslöwen-TV" zeige (mbu) ■ ●

Bundeswettbewerb "Zukunftsfähige Kommune"

Siegerehrung in Berlin
Für vorbildliche Leistungen im Sinne der Lokalen Agenda 21 wurden aus dem Kreis der Städte und Gemeinden teil, die am Bundeswettbewerb "Zukunftsfähige Kommune" teilgenommen hatten, im September die Sieger von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) mit insgesamt 637.000 Euro ausgezeichnet.

Die Sieger sind:

- Eichstetten bei Freiburg für die umsichtige Inanspruchnahme von Flächen. Außerdem ist es mit 16 Prozent ökologisch bewirtschafteter Nutzfläche eine der größten Bio-Anbaugemeinden Baden-Württembergs.
- Wettenberg für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 durch starkes ehrenamtliches Engagement der Bürger/innen.
- Bamberg für seine Fahrradfreundlichkeit und sein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz. Außerdem wird der seit 1996 laufende Agenda 21-Prozess als "prägende Daueraufgabe" verstanden.
- Augsburg für seine Umwelt- und Ressourceneffizienz sowie für seine wirtschaftliche Effizienz. Hervorgehoben wurde das "Handlungsprogramm Nachhaltigkeit 2002", das in einem bürgerschaftlichen Prozess im Jahr 2002 erarbeitet wurde.
- Goslar erhielt einen Sonderpreis für einen vorbildlichen lokalen Agenda 21-Prozess. Der Kontinuität bei seiner steten Verfolgung wird dabei große Aufmerksamkeit zuteil.



Umweltpolitik als rot-grüne Erfolgsgeschichte

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke, Dr. Kristine Kern, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Tel. 030 / 25491-282, Fax -254
eMail: kern@wz-berlin.de
Internet: www.wz-berlin.de
Beitrag zuerst erschienen als: "Eine Erfolgsgeschichte von Rot-Grün", WZB-Mitteilungen 101, September 2003

Weiterführende Literatur: Kristine Kern, Stephanie Koenen, Tina Löffelsend, "Die Umweltpolitik der rot-grünen Koalition - Strategien zwischen nationaler Pfadabhängigkeit und globaler Politikkonvergenz", 37 S.; Bezug: WZB (s.o.), Internet: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2003/iv03-103.pdf>

Monitoring-Workshop zur Nachhaltigkeitsstrategie

24./25.10., Berlin: Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie; Anmeldung und weitere Informationen: DNR Berlin, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de
Internet: www.nachhaltigkeits-check.de

Kommunikation von Umweltthemen verbessern

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Osna-brück
Tel. 0541 / 9633-521, Fax -198
eMail: h.linnemann@dbu.de
Internet: www.dbu.de

Bundeswettbewerb "Zukunftsfähige Kommune"

Deutsche Bundesstiftung Umwelt, s.o.

Lesenswert

Leitfaden zur professionellen Bürgerbeteiligung für Kommunen
Immer mehr Bürger/innen in zahlreichen Gemeinden beteiligen sich an kommunalen Entscheidungsprozessen - ob es um neue Technologien wie Mobilfunk, um Verkehrsplanung oder Stadterneuerung geht. Die Gemeinden selbst ersparen sich durch ein Bürgerbeteiligungsverfahren, bei dem ein Konsens der verschiedenen Interessengruppen erreicht wird, viel Ärger und - durch die Vermeidung von Fehlplanungen - auch Kosten. Wie aber kann eine Kommune vorgehen, wenn sie Bürgerbeteiligungsprojekte durchführen will? Was kostet ein solches Verfahren und was bringt es? Um diese Fragen zu beantworten, hat die Akademie für Technikfolgenabschätzung jetzt aus ihren praktischen Erfahrungen und theoretischer Diskursforschung den neuen Leitfaden "Verfahren und Methoden der Bürgerbeteiligung in kommunalen Politikfeldern" erarbeitet. Die Autorinnen stellen den Kommunen an konkreten Beispielen aus der kommunalen Stadtplanung und der räumlichen Umweltplanung Möglichkeiten vor, bürgernäher zu agieren. Sie zeigen Probleme, Anwendungsbereiche und Gestaltungsmöglichkeiten auf. Der Leitfaden gibt anwendungsorientierte Tipps für Rahmenbedingungen, Projektdurchführung, Kostenkalkulation und Qualitätsmanagement von Beteiligungsverfahren. Im Anhang finden sich nützliche Internet-Links zu Vereinen, Förderinstituten und Netzwerken. (ab, mb)

Bettina Oppermann, Kerstin Langer: Verfahren und Methoden der Bürgerbeteiligung in kommunalen Politikfeldern, Stuttgart 2003, 83 S.; Hrsg./Bezug: TA-Akademie, Fax 0711 / 9063-299, eMail: info@ta-akademie.de, kostenloser Internet-Download: www.ta-akademie.de/deutsch/bestellungen/textelk/leitfBuergerbeteiligg.pdf

Rechtliche und praktische Probleme des Umweltinformationsgesetzes
Für das deutsche Verwaltungsrecht bedeutet das Umweltinformationsgesetz (UIG) einen erheblichen Bruch mit überkommenen Strukturen. Trotz der inzwischen mehrjährigen Erfahrung mit dem UIG ist die Frage, wie das Gesetz von den betroffenen Behörden und Bürgern angenommen wird und wo sich in der Praxis Anwendungsschwierigkeiten ergeben, noch nicht geklärt. Die Veröffentlichung gibt darüber Aufschluss und geht weiterhin der Frage nach, ob das UIG den Umweltinformationsanspruch überhaupt praktikabel ausgestaltet, welche Regelungen unter diesem Gesichtspunkt zu beanstanden sind und wo Änderungs- und Verbesserungsbedarf besteht. Mit einer empirischen Untersuchung wird der Diskussion über das UIG und seine Auswirkungen erstmals eine gesicherte Tatsachengrundlage verschafft. Auf dieser Grundlage analysiert der Autor die zentralen rechtlichen Probleme des Gesetzes und unterbreitet Vorschläge zur Abhilfe. Dabei berücksichtigt er besonders die UIG-Novelle und die gerade verabschiedete EU-Umweltinformationsrichtlinie. Das Buch ist eine präzise Analyse der Schwachstellen eines neuen umweltpolitischen Steuerungselements, das es bisher in dieser Form nicht gab. (ab)

Dr. Markus Schmillen: Rechtliche und praktische Probleme des Umweltinformationsgesetzes unter Einbeziehung der UIG-Novelle und der neuen Umweltinformationsrichtlinie, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2003, 164 S., 39,80 Euro, ISBN 3-503-07087-7

Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans

Ein sachkundig durchgeführtes Aufstellungsverfahren ist für die Qualität eines Bebauungsplans, seine Rechtssicherheit sowie für die Akzeptanz der Planungsergebnisse von herausragender Bedeutung. Die neue Arbeitshilfe dient als praktischer Leitfaden bei der Durchführung des Verfahrens. Sie beschreibt die einzelnen Verfahrensschritte unter Berücksichtigung der rechtlichen und praktischen Erfordernisse und gibt Hinweise für eine zweckmäßige Handhabung des Instrumentariums. Dabei wird auch auf die neuen Anforderungen an das Bebauungsplanverfahren mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung eingegangen. Darüber hinaus bieten diverse Beispiele und Muster Anregungen für die Standardisierung des Verfahrens, um eine größere praktische Sicherheit bei der Planaufstellung zu gewährleisten. Die Autor/innen haben in leitender Funktion bei der Münchener Bauverwaltung langjährige praktische Erfahrungen in der Bauleitplanung und sind zudem durch Fachveröffentlichungen sowie durch Vorträge bei Fortbildungsveranstaltungen als fachkundige Experten ausgewiesen.

Horst Taft, Marie Wallraven: Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans, Hrsg.: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), 2003, 146 S., 25 Euro, ISBN 3-88118-343-4

Praxiswissen zum Umweltengagement von Kindern und Jugendlichen

Viele Kinder und Jugendliche möchten sich im Umweltschutz engagieren, aber ihnen fehlt häufig das nötige Wissen, um eigene Aktionen oder Projekte zu starten. Die beiden Mappen der Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt Bad Oldesloe (JUP) haben sich hier bewährt: In der "Junior Regenbogenkämpfer Mappe" und der "Natur-Erlebnis-Mappe" sind praktische Anleitungen zum aktiven Handeln zu finden. Die Gestaltung und die Formulierungen sind kind- bzw. jugendgerecht. Die einzelnen Blätter können heraus und mit vor Ort genommen werden. (ab)

Junior Regenbogenkämpfer Mappe;
Natur-Erlebnis-Mappe; Hrsg./Bezug:
JUP, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe,
Tel. 04531-4512, Fax -7116, eMail:
jup@inihaus.de

Konsum als Sinnstiftungs-Ersatz bei Jugendlichen

Nach jahrelangen Forschungen in der Welt der Markenartikel hat die Autorin ein Buch vorgelegt, das mit der alles durchdringenden Werbung und deren Folgen vor allem für Kinder und Jugendliche abrechnet. "Greif sie dir, wenn sie noch jung sind!" ist die Strategie, nach der führende Unternehmen ihre Kunden vom Kindesalter an zur Markentreue erziehen. Konsumgegenstände liefern für viele Jugendliche, vor allem der vermögenden Mittelschicht, ein Äquivalent zum sinnentleerten Alltag, bieten Identifikationsmuster, liefern Selbstvertrauen und Anerkennung in der Gruppe Gleichaltriger. Eine Steigerung ist das "Self-Branding". Hierbei handelt es sich u.a. um Schönheitsoperationen, denen sich Mädchen im Teenager-Alter unterziehen, um gängigen, von der Werbung transportierten Idealen zu entsprechen, und um das Streben nach einem muskulösen Körper bei den Jungen, den diese durch stundenlanges Bodybuilding und durch die Einnahme von Anabolika zu erlangen versuchen. Folgt man der Autorin, betreffen diese Fehlentwicklungen eine ganze Generation Heranwachsender, deren Alltag, Wünsche und Sehnsüchte täglich durch mehr oder weniger subtile Werbung geformt werden. Allerdings regt sich auch Widerstand. (mb)

Alissa Quart: Branded. Wie wir gekauft und verkauft werden, Riemann Verlag 2003, ISBN: 3-570-50029-2

Was steht einem Wandel zur Zukunftsfähigkeit im Weg?

Wie lernen Gesellschaften? Was steht einem Wandel zur Zukunftsfähigkeit im Wege? Wie lässt er sich fördern? Das Wuppertal Institut veranstaltete im März 2002 ein Symposium zu den Aussichten von Nachhaltigkeit unter dem Titel "Wie kann geschehen, was geschehen muss?" Nun liegt die Dokumentation vor. (ab, mb)

Peter Henricke (Hrsg.): Wie kann geschehen, was geschehen muss? Zur Umsetzung von Nachhaltigkeit; Wuppertal 2003, 44 S., kostenlos gegen frankierten A4-Rückumschlag an: Wuppertal Institut, ÖA, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal; Internet-Download: www.wupperinst.org/Publikationen/Wuppertal_Spezial/ws28.pdf

Ökologisches in der Sprache - Metaphorisches zur Ökologie

Hinter www.metaphorik.de verbirgt sich eine wissenschaftliche Online-Zeitschrift zu Metaphern und Metonymien (bildsprachliche Wortersetzungen) mit Redaktionssitz an der Universität Bonn. Ziel ist die Förderung der sprachen- und fächerübergreifenden Diskussion über diese sprachlichen Bilder. Metaphorik wird als Feld gesehen, wo verschiedene Disziplinen der Sprach-, Medien und Literaturwissenschaft sowie der Philosophie und Psychologie zusammengebracht werden können. Der internationale und interdisziplinäre Ansatz ist den Nachwuchswissenschaftlern, die selbst aus unterschiedlichen Fächern stammen, besonders wichtig. So schlägt das erste Internet-"Themenheft" unter der Überschrift "Metapher und Ökologie" mit sieben kulturwissenschaftlichen Beiträgen aus sechs Ländern eine Brücke zwischen Geistes- und Naturwissenschaften: Analysiert wird das Metaphorische an Vorstellungen zur Ökologie und das Ökologische in der Sprache. (ab, mb)

"Metapher und Ökologie", Internet:
www.metaphorik.de



Berggebiete brauchen Zukunftsperspektive

Gespräch mit Umweltminister Trittin über nachhaltige Berggebietspolitik
Das Team des DNR-Projekts "Nachhaltig aktiv für die Berge" und weitere Alpen-Experten haben sich Ende September in Berlin mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin zu einem Fachgespräch getroffen. Anlass war die Erarbeitung umfangreicher Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Berggebietspolitik. Bei dem Gespräch wurden Schwerpunkte der zusammen mit über 300 regionalen und überregionalen Umweltorganisationen erstellten Empfehlungen erörtert, die oft einen engen Bezug zur Alpenpolitik der Bundesregierung haben. Die Bundesrepublik hat noch bis Ende 2004 den Vorsitz der Alpenkonvention inne. Für diesen Zeitraum hat sie sich ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm vorgenommen.

Bereichsübergreifender Politikansatz gefordert

"Die hoch komplexen Wirkungsgefüge der Bergregionen brauchen einen langfristig wirksamen, bereichsübergreifenden Politikansatz", forderte DNR-Projektleiterin Heike Aghte. Als positives Signal solle ein "Nationaler Aktionsplan für eine nachhaltige Berggebietspolitik" erarbeitet werden.

Die Alpenkonvention, in der sich die Alpenstaaten und die EU als Vertragspartner auf gemeinsame nachhaltige Entwicklungsgrundsätze geeinigt haben, wird von Experten als vorbildliches und zukunftsweisendes Modell gesehen. Die Berge-Aktiven wollten daher vor allem ausloten, wie und wo Deutschland den Umsetzungsprozess aktiv voranbringen kann.

Bei dem Fachgespräch wurde ein Schwerpunkt in der Erarbeitung eines neuen Durchführungsprotokolls der Alpenkonvention zum Thema Wasserhaushalt gesehen. Für das brennendste Problem, den Alpentransitverkehr, stellen vor allem die Bemühungen um eine Ratifizierung des Verkehrsprotokolls durch weitere Vertragspartner die wichtigste aktuelle Herausforderung dar. Damit würden sich auch die Probleme erledigen, die jetzt in Gestalt von neuen Straßenbauplänen ("Alemagna" Venedig-München) kursieren. ▶

Der (Winter-)Tourismus braucht nach Ansicht der Gesprächsteilnehmer ein Bündel verschiedener Maßnahmen für unterschiedliche Probleme:

- teilweise starke Ausdehnung der Outdoor-Aktivitäten in natürlichen Ruhezeiten, aber auch in die Abend- und Nachtstunden (die klassischen Erholungszeiten für die Natur verschwinden);
- Aufrüstung der Skigebiete mit künstlichen Beschneigungsanlagen, einschließlich des steigenden Drucks, künstliche Zusätze zu erlauben,
- Großveranstaltungen, für die letztlich schon in die Bewerbungsverfahren wirksame Mechanismen für eine garantierte Integration der Umweltbelange und die Beteiligung der Bevölkerung eingebaut werden müssten.

Große Bedeutung für den Hochgebirgs- und somit auch Hochwasserschutz hat der naturnahe Bergwald. Eine verstärkte Beachtung der Speicherkapazität der Böden bei der Bewirtschaftung sowie eine Unterschutzstellung der heimischen Tanne als wichtigem Leitbaum - der bald vom Aussterben bedroht sein kann - wurden dringend empfohlen.

Bausteine für eine nachhaltige Berggebietspolitik

Das Projekt "Nachhaltig aktiv für die Berge", das vom BMU gefördert wurde und auch den Anlass für das Gespräch bildete, befasste sich auch mit den deutschen Mittelgebirgen. "Alle Berggebiete haben als natürlicher Schatz, als Ressourcenspeicher, als Lebens-, Kultur- und Erholungsraum einen einzigartigen Wert", so DNR-Expertin Heike Aghte. Gleichzeitig seien sie auch besonders sensibel und gefährdet. Gerade für Deutschland mit über 50% Mittel- und Hochgebirgsanteil an der Landesfläche müsse der Schutz dieser Regionen deshalb unbedingt Eingang in die Gesetzgebung, Planungen und Förderpolitik finden. ▶

Die große Gesamtzahl der Empfehlungen (34 Handlungsbereiche und 232 Einzelpunkte), die mit vielen aktiven Umweltgruppierungen der Berggebiete abgestimmt wurden, zeigten den großen Handlungsbedarf. "Wir hoffen, dass eine Umorientierung in der Politik beginnt und spürbare Zeichen gesetzt werden", fasste Jens Weber von der Grünen Liga Ostergelände im Vorfeld die Hoffnungen seiner sächsischen Heimatregion zusammen. Im dortigen Weißeritztal hatte 2002 die verheerende Hochwasserkatastrophe begonnen.

Ohne Partizipation keine zukunftsfähigen Lösungen

Die vordringlichen Problemfelder, die während des Abstimmungsprozesses deutlich wurden, ähneln sich in den Alpen und den Mittelgebirgen:

- der Straßenverkehr mit dem überbordenden Güter- und Transitverkehr und
- die negativen Auswirkungen des infrastrukturbetonten Tourismus;
- der Rückgang der Berglandwirtschaft und damit der Verlust der attraktiven Kulturlandschaft.

Doch auch Hoffnungsträger wurden deutlich: In einer integrierten Regionalentwicklung mit einem nachhaltigen Tourismus als Teilbereich werden die größten Potenziale für ganzheitliche Lösungsansätze gesehen.

Der wichtigste Konsens quer durch die unterschiedlichen Organisationen ist vielleicht auch die größte Herausforderung an die heutige Politik: Ohne Partizipation der Betroffenen vor Ort kann es keine zukunftsfähigen Lösungen geben.



Autor/innen: Heike Aghte, Thomas Frischmuth, DNR-Projekt "Nachhaltig aktiv für die Berge"

Siehe auch den folgenden Literaturhinweis

Lesenswert

Bausteine für eine nachhaltige Berggebietspolitik

Die Broschüre entstand im Rahmen des DNR-Projekts "Nachhaltig aktiv für die Berge". Sie teilt sich in drei zentrale Abschnitte: politische Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Berggebietspolitik, eine "Best Practice"-Sammlung vorbildlicher Projekte in Berggebieten und eine Adressdatenbank mit über 300 Vereinen, Institutionen, Verbänden und Initiativen. (ha)

Heike Aghte; Thomas Frischmuth: Bausteine für eine nachhaltige Berggebietspolitik, 112 S., kostenlos; Hrsg./Bezug (gegen Versandkostenübernahme): DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030 / 443391-82, Fax -80, eMail: info-berlin@dnr.de, Internet: www.dnr.de



Gemeindefinanzreform: Mahnung zur Nachhaltigkeit

NABU: Demographische Entwicklung nicht vernachlässigen

Der Naturschutzbund NABU hat Bund und Länder aufgefordert, bei der Gemeindefinanzreform die Konsequenzen des demografischen Wandels zu berücksichtigen.

Einwohnerückgang und die abzusehenden Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur müssten in die aktuelle Diskussion einbezogen werden, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Regionale Abwanderung, Leerstand ganzer Stadtviertel, Wohnungsabriss und ein ausgedünnter öffentlicher Nahverkehr seien nur einige der drohenden Folgen, denen dringend mit einer umfassenden und nachhaltigen Finanzreform entgegnet werden müsse.

Der NABU fordert mehr Anreize für die Entwicklung funktionierender und lebenswerter Städte und Gemeinden. "Wer heute - durch die Steuerpolitik dazu ermutigt - in Gemeinde-Randzonen einen Neubau errichtet, muss überproportional steigende Betriebs- und Lebenshaltungskosten einplanen und angesichts langfristig schrumpfender Gemeinden auch einen finanziellen Verlust beim Verkauf einkalkulieren", sagte Tschimpke.

"Aussichtsloser Wettbewerb um Gewerbe- und Einkommensteuern"

Der aussichtslose Wettbewerb um Gewerbe- und Einkommensteuern habe die Gemeinden auf einen völlig unzeitgemäßen Expansionskurs geführt. Statt in die Innenentwicklung zu investieren, würden Millionenbeträge für die Bereitstellung von Bauland verausgabt. "Die mit diesem System flüchtig gewonnenen Arbeitsplätze gehen meist woanders verloren und die so vorangetriebene Zersiedelung mit zunehmendem Leerstand macht den Standort Deutschland alles andere als attraktiv", kritisierte der NABU-Präsident.

Mit Blick auf die Entwicklung von Grünflächen und Natur im Siedlungsraum warnte Tschimpke davor, die kommunale Unterstützung freiwilliger Leistungen zu kürzen. "Nur mit ehrenamtlicher Arbeit konnte vielerorts eine sonst nicht zu bezahlende regionale Identität bewahrt werden." (ab)



- **Berggebiete brauchen Zukunftsperspektive**
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82, Fax -80
eMail: info-berlin@dnr.de
Internet: www.dnr.de
Die wichtigsten Projektergebnisse sind als Broschüre (siehe Beitrag auf dieser Seite) und im Internet zugänglich: www.dnr.de/dnr/projekte/projekt.php?id=3
- **Gemeindefinanzreform: Mahnung zur Nachhaltigkeit**
NABU, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
Internet: www.nabu.de

Für eine ökologisch begründete Jagd

DNR-Journalistenreise zur Novelle des Bundesjagdgesetzes

In die Debatte um die Novellierung des Bundesjagdgesetzes kommt Bewegung. Noch im Herbst soll ein ministerieller Entwurf für eine Änderung des Gesetzes vorliegen, im Winter soll eine Anhörung stattfinden. Das kündigte Matthias Berninger, Parlamentarischer Staatssekretär im Verbraucherministerium (BMVEL), Mitte September bei einer vom Deutschen Naturschutzring (DNR) veranstalteten Journalistenreise an. Vertreter von Presse, Naturschutzverbänden und Behörden waren in das Biosphärenreservat Schorfheide gekommen, um sich vor Ort über die Notwendigkeit einer Reform der aktuellen Jagdgesetzgebung zu informieren.

"Wald vor Wild"

Zum Inhalt des neuen Gesetzes wollte der Staatssekretär noch keine Angaben machen. Er betonte, dass es sich um ein zustimmungsfreies Gesetz handeln werde, da nach Ansicht des BMVEL eine zustimmungspflichtige Regelung vor dem derzeitigen Unions-dominierten Bundesrat keine Chance hat. Das bedeute, dass das Gesetz nur bundesweite Standards regeln könne, die Länder aber für die Details zuständig seien. Trotzdem sei ein solches Gesetz, wie man am Beispiel des Naturschutzgesetzes sehe, nicht wirkungslos.

Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, soll das Jagdrecht unter Berücksichtigung einer naturnahen Waldbewirtschaftung novelliert werden. "Wir müssen eine Waidgerechtigkeit durchsetzen und das Bewusstsein der Akteure verändern", sagte Berninger. Unter Waidgerechtigkeit versteht man das Handeln des Jägers nach geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen. Sie soll dem Schutz der Wildtiere und der Natur dienen.

Füttern und Medikamentieren von Wildtieren unterbinden

Handlungsbedarf sieht Berninger vor allem beim Waldschutz. Das neue Jagdleitbild laute deshalb: Wald vor Wild. Der Staatssekretär wies darauf hin, dass viele andere Probleme mit dem aktuellen Jagdgesetz nicht durch fehlende Regelungen, sondern durch Vollzugsdefizite auf Länderebene entstünden. Die Umsetzung hapere etwa in Bezug auf das verbotene, aber vielerorts praktizierte Füttern und Medikamentieren von Wildtieren. ▶

DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen begrüßte die Ankündigungen von Staatssekretär Berninger: "Eine grundlegende Neufassung dieses Gesetzes, das in seinen Kernaussagen noch auf das von Hermann Göring verkündete Reichsjagdgesetz zurückgeht, ist längst überfällig." Anders als einige seiner Mitgliedsverbände ist der DNR nicht für die totale Abschaffung der Jagd. Sie soll dann zulässig sein, wenn die Tierarten in ihrem Bestand nicht gefährdet sind, die Jagd ökologisch nötig ist, sie keine übermäßige Störung für die Tierwelt darstellt und die getöteten Tiere sinnvoll verwertet werden. "Wenn sie zeitgemäß durchgeführt wird und eine nachhaltige Form der Landnutzung darstellt, können wir Jagd akzeptieren", bekräftigte auch Christian Unselt, Vize-Präsident des NABU.

Jährlich 300 Millionen Euro Verbißsschäden

Die Jagd sei vor allem dann "ökologisch nötig", wenn das Wild dem Wald schade, sagte Röscheisen. Deshalb spiele der von Staatssekretär Berninger hervor gehobene Aspekt des Waldschutzes auch im Positionspapier des DNR eine große Rolle. Dadurch, dass Abschusspläne nicht eingehalten oder die Abschusszahlen zu gering veranschlagt werden, habe sich die Anzahl des Schalenwildes entscheidend erhöht. Die vom Wild angerichteten Verbiß- und Schälsschäden kosteten jährlich mindestens 300 Millionen Euro plus die Folgekosten für Waldbesitzer und Volkswirtschaft.

Wie ein Wald aussieht, der vom Wildverbiß verschont bleibt, demonstrierte DNR-Jagdexperte Gregor Beyer vom Naturschutzbund den Teilnehmenden der Journalistenreise vor Ort. In einem Totalreservat des Grumsider Forstes, einem Wald mit fünf Schalenwildarten, hatte der NABU 15 so genannte Weisergatter aufgebaut. Diese etwa 140 Quadratmeter großen eingezäunten Flächen sollen als Vergleichsfläche dienen. Das geschützte Stück, in dem sich der Wald ungestört verjüngen kann, befindet sich in der fünften Vegetationsperiode und zeigt laut Beyer deutliche Unterschiede zum ungeschützten Wald: "Im Weisergatter sind die Pflanzen übermannshoch, im Waldstück davor nur knöchelhoch. Im Weisergatter finden wir 15 verschiedene Gehölzarten, davor nur drei". ▶

Thomas Weber, Forstamtsleiter in Fürstenwalde und Mitglied im brandenburgischen Waldbesitzerverband, nannte aus seiner beruflichen Erfahrung weitere Beispiele für durch Wild verursachte Waldschäden. Weber sprach sich dafür aus, nicht nur Tiere, sondern auch Pflanzen und Bäume als zu schützende Mitgeschöpfe zu betrachten. DNR-Generalsekretär Röscheisen sagte, in dem neuen Jagdgesetz müsse die Abschussregelung für das Schalenwild vereinfacht und anhand waldbaulicher und vegetationskundlicher Gutachten festgesetzt werden.

Elisabeth Emmert, Vorsitzende des Ökologischen Jagdverbandes, forderte ein stärkeres Vorgehen gegen die illegale Fütterung von Wild. Dieser Eingriff in die Natur sei unnötig und ein Grund für die überhöhten Wildbestände. "Es muss erreicht werden, dass das Wild seine Nahrung ausschließlich durch Äsung erhält".

Jagdzeiten verkürzen, weniger jagdbare Arten, keine Fallenjagd

Nicht nur im Waldschutz, auch im Tiererschutz sieht der DNR Lücken im aktuellen Bundesjagdgesetz. Der Dachverband will die Jagdzeiten verkürzen und vor allem auf Herbst und Frühwinter verlagern. Die Schonzeit zur Zeit der Jungenaufzucht soll für alles Wild konsequent eingeführt und dadurch auch die jagdbedingte Störung der Tierwelt vermindert werden. "Wenn das Wild weniger durch Jäger aufgescheucht wird, ist für die Bevölkerung auch wieder mehr Waldbeobachtung möglich", so Röscheisen.

Weiterhin soll der Katalog der jagdbaren Arten reduziert werden. Nach Meinung des DNR sollen nur noch Rot-, Dam- und Sikahirsche, Rehe, Gemsen, Mufflons, Wildschweine und Wildkaninchen uneingeschränkt gejagt werden dürfen. Die Jagd auf Füchse, Steinmarder, Stockenten und Fasane soll nur regional erlaubt werden, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Alle übrigen Vogelarten sollen nicht bejagt werden.

Der DNR fordert im Sinne des Tierschutzes, die Fallenjagd zu verbieten. Außerdem sei es notwendig, das jagdliche Handwerkszeug der Jäger zu überprüfen. "Wer seinen Jagdschein verlängern will, muss seine Schießleistungen nachweisen", forderte Röscheisen. So könnten viele Jagdunfälle verhindert werden. (vl) ■ ●

Große Mehrheit gegen Vogeljagd

Repräsentative Ennid-Studie

Das Vogelschutz-Komitee hat Mitte September die Ergebnisse einer Umfrage zu Kernfragen der Jagdrechtsreform veröffentlicht. Im Rahmen der repräsentativen Studie befragte das Meinungsforschungsinstitut Ennid rund 1000 Bundesbürger/innen zu ihren Ansichten über die Jagd auf bestimmte Vogelarten, Fallenjagd und Jagd durch Hobbyjäger.

96 Prozent aller Befragten sprachen sich für das Verbot der Jagd auf vom Aussterben bedrohten Vogelarten aus. 81 Prozent sind gegen die Jagd auf Zugvögel. 61 Prozent missbilligen generell die Vogeljagd.

Ein Verbot von Totschlagfallen, die nicht sicher töten, befürworten 77 Prozent aller Befragten. 73 Prozent sind gegen Leberfallen, in denen Tiere Schaden erleiden können.

86 Prozent der Befragten sind dafür, dass ein Hobbyjäger mindestens alle drei Jahre eine Schießleistungsprüfung ablegen muss. 78 Prozent glauben, dass die Jagdausübung durch Hobbyjäger eher schlecht ist. 65 Prozent befürworten, dass jeder Grundeigentümer - anders als heute - selbst bestimmt, ob auf seinem Grundstück die Jagd ausgeübt werden darf und ob er einer Jagdgenossenschaft angehören will.

Vogelschutz-Komitee sieht sich bestätigt: Jagd ohne Rückhalt im Land
"Dass die Bevölkerung sich mit überwältigender Mehrheit für den Vogelschutz ausspricht, obwohl kein Befragter wusste, in wessen Auftrag die Umfrage stattfindet, dürfen wir mit Freude zur Kenntnis nehmen", sagte Eberhard Schneider, Präsident des Vogelschutz-Komitees. Für seinen Verband sei dies die Bestätigung seines Einsatzes für die Vogelwelt.

Außerdem zeige die Studie, dass die heute praktizierte Jagdausübung keinen Rückhalt in der Bevölkerung habe. Jetzt könne es keine Zweifel mehr geben, wie eine Reform des Jagdgesetzes auszusehen habe, sagte Schneider. (vl) ■ ●

DNR für Positivliste in neuer Bundesartenschutzverordnung

Wild- und Artenschutz sollen zusammengefasst werden

Der DNR hat bei der Anhörung zur Novelle der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) im September im Bundesumweltministerium und bei seiner anschließenden Stellungnahme eindringlich auf die Notwendigkeit einer Neugestaltung dieser Verordnung hingewiesen. Dabei geht es darum, entsprechend dem Vorsorgeprinzip eine so genannte Positivliste von wenigen Tier- und Pflanzenarten zu entwickeln, die der Natur entnommen, gehandelt und gehalten werden können. Die wildlebenden Tier- und Pflanzenarten würden auf diese Weise generell unter Schutz gestellt. Auch zur Vereinfachung sollten nach Meinung des DNR die beiden bisher getrennten rechtlichen Bereiche Bundeswild- und -artenschutzverordnung in der BArtSchV vereinheitlicht werden. Im Übrigen verwies der DNR auf die ausführlichen Stellungnahmen seiner Mitgliedsverbände NABU und Deutscher Tierschutzbund.

Bei der Novellierung der Bundesartenschutzverordnung verfolgt das Bundesumweltministerium nach eigenen Angaben u.a. folgende Ziele:

- die von Greifvogelhybriden ausgehende Gefahr für gefährdete Wanderfalken zu begrenzen,
- die erweiterten Rechtsgrundlagen des Bundesnaturschutzgesetzes zur Bekämpfung der Faunen- und Florenverfälschung zu nutzen,
- die Regelungen zur Kennzeichnung besonders geschützter Tiere an Praxiserfahrungen und neuere wissenschaftliche Erkenntnisse anzupassen,
- für bestimmte gezüchtete bzw. künstlich vermehrte Arten der FFH-Richtlinie Erleichterungen von den Besitz- und Vermarktungsverboten zu schaffen,
- die Anlagen an neuere wissenschaftliche Informationen und Verlängerungen im EU-Artenschutzrecht anzupassen.

(rö, mb) ■ ●

- **Für eine ökologisch begründete Jagd**
Bundesverbraucherministerium (BMVEL), Postfach 14 02 70, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvvel.bund.de
Internet: www.verbraucherministerium.de

DNR, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 359005
eMail: info@dnr.de
Internet: www.dnr.de

Ökologischer Jagdverband, Elisabeth Emmert, Imbergweg 2, 88289 Waldburg
Tel. 07529 / 910-53, Fax -54
eMail: oeko jagd@oejv.de
Internet: www.oejv.de

- **Große Mehrheit gegen Vogeljagd**
Vogelschutz-Komitee e.V., Eberhard Schneider, Zur Akelei 5, 37077 Göttingen
Tel. 0551 / 2099329, Fax 24894
eMail: vogelschutz.komitee@t-online.de
Vollständige Umfrage-Ergebnisse im Internet: www.vogelschutz-komitee.de
Literatur:
Schneider/Reinecke: Weidwerk in der Zukunft - Reform des Bundesjagdgesetzes; Hrsg./Bezug: Vogelschutz-Komitee, s.o.
- **DNR für Positivliste in neuer Bundesartenschutzverordnung**
DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
Internet: www.dnr.de

Lebensraum Brache

Projekt für wildtiergerechte

Gestaltung von Stilllegungsflächen

Ein neues Papier des Projekts "Lebensraum Brache" der Deutschen Wildtier-Stiftung hat mögliche Wege, Konzepte und agrarpolitischer Handlungsbedarf für das Überleben von Wildtieren in Agrarlandschaften aufgezeigt.

Im dicht besiedelten Deutschland sei kaum noch Platz für wild lebende Tiere und Pflanzen, so das Papier. Neben der Zerschneidung der Landschaft durch den Bau von Straßen und die Siedlungsaktivitäten sei auch die Landwirtschaft in hohem Maß für das Verschwinden der Wildtiere verantwortlich. Das Handeln der Landwirte werde in erster Linie durch die Agrarpolitik bestimmt. Doch diese nehme bisher wenig Rücksicht auf die in den Agrarlandschaften lebenden Wildtiere.

Da Flächenstilllegungen ein großes Potential für den Naturschutz aufweisen, soll deren aktive Nutzung angestrebt werden. Finanziert werden soll dies durch eine stärkere finanzielle Ausstattung von Förderprogrammen für den Naturschutz in Agrarlandschaften. (ab) ■ ●

Kein Maisanbau in Auengebieten mehr

Hochwasservorsorgegesetz soll Umwandlung in Grünland fördern

Neben der Unterbindung von Neubebauungen von Überschwemmungsgebieten soll im Rahmen des Hochwasservorsorgegesetzes auch der Ackerbau langfristig aus diesen Gebieten verbannt werden. Dies teilte das Bundesumweltministerium mit. Damit soll insbesondere der Boden-erosion begegnet werden. Außerdem werden die Gewässer durch die bei der Überschwemmung von Ackerflächen entstehenden Verschlämmungen im Vergleich zum Grünland erheblich stärker mit Schadstoffen wie Pflanzenschutzmitteln, organisch abbaubaren Stoffen und Nährstoffen belastet und entsprechend in ihrem Sauerstoffhaushalt beeinträchtigt.

Für den Mais-Rückzug aus den Auen sind bereits finanzielle Mittel bereit gestellt worden. Fördermöglichkeiten für die Umstellung von Ackerland auf Grünland in Überschwemmungsgebieten waren vom Bund-Länder-Planungsausschuss "Agrarstruktur- und Küstenschutz" (PLANAK) bereits im Dezember 2002 in einem Rahmenplan für 2003 beschlossen worden. Bei der Umwandlung von Ackerland in Grünland soll der Höchstbetrag der Förderung in festgesetzten Überschwemmungsgebieten künftig auf jährlich 574 Euro je Hektar angehoben werden. (or) ■ ●

Wald wird ökologisch umgebaut

22 Millionen Euro Fördermittel vom Bundesforschungsministerium

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) will mit Forschungsprojekten eine "wissenschaftliche Grundlage für eine nachhaltige Waldwirtschaft" legen. Seit 1998 wurden nach Angaben des Ministeriums im Förderschwerpunkt "Zukunftsorientierte Waldwirtschaft" 29 Projekte in fünf ausgewählten Waldlandschaften mit insgesamt rund 22 Millionen Euro gefördert. Die Ergebnisse des Förderschwerpunktes, die im September in Berlin bekannt gegeben wurden, liefern laut BMBF praktische Hinweise für eine neue Ausrichtung der Forstwirtschaft.

Mischwald stabiler als Monokulturen

Erneut sei belegt worden, dass Mischwald im Vergleich zu Monokulturen große Vorteile aufweist. Zudem böten die Untersuchungen zu den ökologischen Auswirkungen des Waldumbaus die Möglichkeit, Zielkonflikte zwischen Naturschutz und Forstwirtschaft zu lösen.

Eine Studie zur ökologischen Waldentwicklung in Brandenburg ergab positive Auswirkungen auf den Wasserhaushalt. Werde dort wie geplant ein Viertel der Waldfläche aus reinem Kiefernbestand großzügig mit Laubbäumen unterbaut, könnten die Wälder jährlich 100 Millionen Kubikmeter zusätzliches Grundwasser im Boden speichern. Diese Menge entspricht dem Wasserverbrauch aller privaten Haushalte des Bundeslandes. Außerdem sinkt laut Studie mit steigendem Buchenanteil der schädliche Nitratanteil im Wasser.

Optimales Saatgut ist Voraussetzung für Umbau des Waldes

Für den großflächigen Umbau der Wälder müssen jedoch laut BMBF geeignete Samen und Jungpflanzen bereit stehen. Werden junge Pflanzen aus tiefen Lagen in höhere versetzt oder werde importiertes Saatmaterial verwendet, scheitere die neue Kultur häufig. Deshalb seien in Baden-Württemberg die biochemisch-genetischen Methoden zur Herkunftssicherung von forstlichem Vermehrungsgut weiterentwickelt und ein bundesweit einzigartiges Zertifizierungsverfahren geschaffen worden, das bereits in allen süddeutschen Baumschulen angewendet werde. (ab) ■ ●

Langsame Versauerung der Waldböden

Verbände: Keine Trendumkehr beim Waldsterben, Kalkungen nötig
Waldbesitzerverbände, Institute für Bodenkunde und Waldernährung, Düngekalk-Hauptgemeinschaft und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald haben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erneut auf die langsame Versauerung der Waldböden in der Bundesrepublik hingewiesen. Eine ausreichende Versorgung der Böden mit Kalk müsse gewährleistet sein, um die Säure zu neutralisieren und so einer Vielzahl von Folgeschäden entgegen zu wirken. Durch die Bodenübersäuerung sterben die Feinwurzeln der Bäume ab und Giftstoffe wie Aluminium, Mangan und Nitrat könnten ungefiltert ins Trinkwasser gelangen.

Als Ursache für die ungenügende Kalkung der Wälder nannten die Verbände eine unklare und restriktive Förderpolitik der Bundesländer. So würden in einigen Ländern die Waldkalkungen vollständig gefördert, in anderen wiederum nur zum Teil. Kritisiert wurden auch die jüngsten Äußerungen von Bundesverbraucherministerin Renate Künast, nach denen es dem deutschen Wald erheblich besser gehe. Beim Waldsterben von einer "Trendumkehr" zu sprechen, sei unverantwortlich, da vor zwanzig Jahren gut die Hälfte der Waldbestände geschädigt gewesen seien, während diese Quote heute bei fast zwei Dritteln liege. (or) ■ ●

Jugendlichen fehlen elementare Naturkenntnisse

Jugendreport Natur: Wirtschaftliche Nutzung wird völlig ausgeblendet
Das Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg hat den neuen Jugendreport Natur vorgestellt. Für den Report wurden 1.650 Schüler/innen der Klassen 6, 9 und 12 in Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen zu ihrem Wissen über die Natur, ihrem Interesse an der Natur, Naturerlebnissen, dem Wert und der Nutzung der Natur befragt.

Festgestellt wurde u.a., dass den Jugendlichen elementare Alltagskenntnisse fehlen. So ist die Rose eine ihrer Lieblingsblumen, aber 90% können die Früchte der Rose nicht benennen. Das Interesse an der Natur (z.B. Pflanzen bestimmen, Tiere beobachten, Wanderungen mit dem Förster) nimmt mit zunehmenden Alter rapide ab. Die wirtschaftliche Nutzung der Natur wird sogar völlig ausgeblendet. (ab) ■ ●

- **Lebensraum Brache**
"Konzept, Perspektiven und agrarpolitischer Handlungsbedarf"; Hg./Bezug: Deutsche Wildtier Stiftung, Projekt "Lebensraum Brache", Marcus Börner, Billbrookdeich 210, 22113 Hamburg
Tel. 040 / 733-39323, Fax -0278
eMail: m.boerner@dewist.de
Internet: www.Lebensraum-Brache.de
www.DeutscheWildtierStiftung.de
- **Kein Maisanbau in Auengebieten mehr**
Bundesumweltministerium, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305 -2010, Fax -2016
eMail: info@bmu.de
Internet: www.bmu.de
- **Wald wird ökologisch umgebaut**
Bundesministerium für Bildung und Forschung, Hannoversche Str. 28-30, 10115 Berlin
Tel. 01888 / 57-0, Fax -83601
Internet: www.bmbf.de
- **Langsame Versauerung der Waldböden**
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Sabine Krömer-Butz, Bonn
Tel. 0228 / 94598-35, Fax -33
eMail: info@sdw.de
Internet: www.sdw.de
- **Düngekalk-Hauptgemeinschaft,**
Joachim Pollehn, Bonn
Tel. 0228 / 934674-30, Fax -14
eMail: pollehn@kalk.de
Internet: www.naturkalk.de
- **Jugendlichen fehlen elementare Naturkenntnisse**
Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Marburg
Tel. 06421 / 2824709
eMail: braemer@mail.uni-marburg.de
Internet: www.anu-hessen.de/positionen

Stadtgrün sichert urbane Lebensqualität

"Grüne Lungen" regulieren das Stadtklima

Um eine Stadt lebenswert zu machen, sei öffentliches Grün unverzichtbar, mahnte Bundesverbraucherministerin Renate Künast auf dem 2. Internationalen Symposium zur Pflanzengesundheit im urbanen Gartenbau im August in Berlin. Öffentliches Grün gewinne in den Städten weiter an Bedeutung: als "grüne Lunge" zur Regulierung von Stadtklima und Luftqualität, als sozialer Treff- und Erholungspunkt, als architektonischer Schnittpunkt und als Wirtschaftsfaktor.

Durch zunehmende Mobilität von Menschen und Gütern und die damit verbundene schnelle Ausbreitung von Schädlingen und Pflanzenkrankheiten, durch die Klimaveränderungen und durch viele vom Menschen verursachte Stressfaktoren, wie Schadstoffe in Luft und Boden, sei allerdings das Grün in den Städten besonderen Belastungen ausgesetzt. Die Kastanienminiermotte, die inzwischen in allen deutschen Städten sichtbar ist, ist nach den Worten der Ministerin ein anschauliches Beispiel.

Gesunde Pflanzen durch Experten-Kooperation erhalten

Künast forderte eine intensive Kommunikation zwischen Stadtplanern, Gestaltern, Phytomedizinern und Pflanzenproduzenten. Nur so lasse sich ein stimmiges Gesamtkonzept zur nachhaltigen Gesunderhaltung der Pflanzen im urbanen Grün erarbeiten. Die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft habe einen Schwerpunkt ihrer Forschung in diesen Bereich gelegt. Außerdem werde an zwei Fachhochschulen in Deutschland zu dem Thema geforscht.

Heute leben weltweit rund 50 Prozent der Menschen in Städten. Nach Prognosen könnten es in den nächsten 20 bis 50 Jahren zwei Drittel sein. (mbu) ■ ●

Laubsauger vernichten Kleintiere

LBV: Laub hält ökologischen Kreislauf in Gang und sollte liegen bleiben

Der bayerische NABU-Partnerverband LBV hat Gartenbesitzer und Kommunen aufgefordert, Laubsauger aus Umweltschutzgründen nicht zu verwenden. Laub sei kein Abfall, sondern ein wichtiger Faktor im Nährstoffkreislauf des Gartens. Es zu vernichten, bedeute auch die für den Garten nützliche Kleintierwelt und verschiedene Pilze zu vernichten. Um wieder ein natürliches Gleichgewicht herzustellen, müsste später mit künstlichen Düngemitteln in den Nährstoffkreislauf eingegriffen werden.

Der Verband empfiehlt daher, das Laub größtenteils liegen zu lassen. Im Winter schütze es den Boden vor Frost und Verdunstung; im Frühjahr sei es meist weitgehend verrottet. Hier fänden viele Vögel ihre Nahrung an Würmern und Käfern. Auf Wegen und Straßen könne das Laub schonender mit einem gewöhnlichen Besen zusammengekehrt werden. Das anfallende Material soll nicht in die Mülltonne geworfen, sondern im Garten zum Mulchen unter Hecken und zum Auflockern feuchter Komposthaufen verwendet werden. Laubhaufen an schattigen Plätzen sollen Igel, Erdkröten und anderen Amphibien ein Winterquartier bieten.

Der LBV forderte Gartenbesitzer und Stadtgärtnereien auf, der Natur mehr Freiraum zu lassen. Damit könnten auch Arbeit und Kosten gespart werden. (ab)

■ ●

Kritik an Flurneuordnung in Baden-Württemberg

LNV: Geldverschwendung zu Lasten der Natur

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) hat die Haltung des Agrarministeriums zum Geschäftsbericht 2002 der Flurneuordnung kritisiert. Ausgegebenen Gelder seien kein Qualitätskriterium für sinnvolle Investitionen und zukunftsfähige Arbeit, so der LNV. Minister Stächele hatte von Investitionen in Höhe von 45 Millionen Euro im Jahr 2002 für den ländlichen Raum berichtet und betont, das Land habe mit jedem Euro Landeszuschuss 4 Euro Bundes- und EU-Zuschüsse geholt.

Großteil der Flurneuordnungsmittel für Wegebau ausgegeben

Am Beispiel der Rebflurneuordnung rechnete der LNV die "fragwürdigen Investitionen in der Flurneuordnung" vor: Wenn für 40 Rebflurneuordnungen mit rund 2000 Hektar Gesamtfläche etwa 36 Millionen Euro Landesmittel ausgegeben wurden, koste der Quadratmeter Flurneuordnung den Steuerzahler 1,80 Euro. Der Großteil des Geldes in Flurneuordnungsverfahren fließe in den ländlichen Wegebau, den Naturschützer wegen seiner Zerschneidungswirkung auf Lebensräume von Tieren kritisieren. Allein im Jahr 2002 wurden 400 km neue Wege gebaut. Der LNV schlug vor, statt einer "weiteren Zerschneidung der Landschaft" die Mittel besser an Landwirte zur Pflege von Mahwiesen zu geben. (mbu) ■ ●

Verbot von Wildtieren im Zirkus empfohlen

Tierschützer begrüßen Entscheidung im Agrarausschuss des Bundesrates

Der Agrarausschuss des Bundesrates hat sich im September auf ein grundsätzliches Haltungsverbot von Wildtieren, insbesondere von Affen, Bären und Elefanten, in Zirkussen verständigt. Zudem soll ein Bundeszentralregister zur Erfassung von Zirkusbetrieben mit Tierhaltung eingerichtet werden. Tierschutzorganisationen begrüßten die Empfehlung und appellierten an das zuständige Bundesverbraucherministerium, das Verbot schnell auf den Weg zu bringen.

In der Antragsbegründung heißt es, Wildtiere seien nicht zähmbar und stellten häufig besonders hohe Ansprüche an ihre Unterbringung, Ernährung, Pflege und Sachkunde des Halters.

Nach Ansicht der Tierschutzorganisation "Vier Pfoten" ist die Bundesratsinitiative ein erster Schritt, um die tierquälerische Wildtierhaltung zu beenden. Die Organisation fordert ein Haltungsverbot aller Wildtiere in Zirkussen. Auch Tiger, Löwen, Nashörner, Giraffen, Flusspferde, Robben und Wölfe könnten unter den Bedingungen eines fahrenden Zirkusunternehmens nicht artgemäß gehalten werden und litten unter Bewegungsmangel, Langeweile sowie - aufgrund mangelhafter Pflege und Ernährung - häufig unter einem schlechten Gesundheitszustand.

Der Bundesrat muss nun über die Empfehlung des Agrarausschusses abstimmen. Danach könnte das Bundesverbraucherministerium die notwendigen Schritte einleiten. (mbu) ■ ●

Lesenswert

Kinderwerkstatt Bäume

Zwischen Bäumen und Menschen existiert eine lange Verbindung. Die Spuren des Baumes als Lebewesen in seiner Gestalt, seine Vielfältigkeit, seine Verbindung zur Erde durchziehen das gesamte Buch. In den Jahresverlauf eingebunden, werden 13 Bäume und Sträucher unseres Lebensraumes vorgestellt: Apfelbaum - Baum der Erkenntnis, Eiche - der heilige Baum, Hasel - Zauberbaum, Weide - Geisterbaum. Mit einer Auswahl an Spielen, Rezepten, Liedern und Geschichten soll ein sinnlicher und kreativer Zugang zu Bäumen gezeigt werden. In jeder der vier Jahreszeiten wird ein besonderes Thema des einzelnen Baumes herausgegriffen: Rezepte, Gesundheit, Rituale, Botschaften. Zu jedem Baum erfährt man etwas über Standort, Botanik, Nutzen und Gebrauch. Das Buch regt mit Fotos, Zeichnungen und praktischen Vorschlägen zu Spielen, Basteleien und Erkundungen mit Kindern an. (mbu)

Andrea Frommherz/Edith Biedermann:
Kinderwerkstatt Bäume - Mit Kindern die Zauberwelt der Bäume und Sträucher entdecken, AT-Verlag, Aarau 2003, ISBN3-85502-777-3



● Stadtgrün sichert urbane Lebensqualität

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvvel.bund.de
Internet:
www.verbraucherministerium.de

● Laubsauger vernichten Kleintiere

Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), Grünewaldstr. 27, 63739 Aschaffenburg
Tel. 06021 / 2991-12, Fax -14
eMail: unterfranken@lbv.de

● Kritik an Flurneuordnung in Baden-Württemberg

LNV-Geschäftsstelle, Olgastr. 19, 70182 Stuttgart
Tel. 0711 / 248955-20, Fax -30
eMail: info@lnv-bw.de
Internet: www.lnv-bw.de

● Verbot von Wildtieren im Zirkus empfohlen

Vier Pfoten, Altonaer Str. 57, 20357 Hamburg
Tel. 040 / 399 249-50, Fax -99
eMail: info@vier-pfoten.de
Internet: www.vier-pfoten.de

Bahn soll billiger, leiser und praktischer werden

Trittin verspricht faire Wettbewerbsbedingungen

Bahnfahren soll billiger werden - mit Unterstützung der Bundesregierung. Das hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin Ende September auf einer Veranstaltung der "Allianz pro Schiene" zum Thema nachhaltige Mobilität angekündigt. Die Allianz pro Schiene ist ein Zusammenschluss von 16 Non-Profit-Organisationen wie Umweltverbänden, Verkehrsclubs und Gewerkschaften zur Förderung des Schienenverkehrs. Unterstützt wird das Bündnis von 30 Unternehmen aus der bahn-nahen Wirtschaft.

Im Jahr 2005 werde die Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten im Fernverkehr halbiert und damit eine Senkung des Fahrpreises um zehn Prozent erreicht, sagte Minister Trittin auf der Veranstaltung. Zusätzlich solle die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel nicht länger gegenüber den anderen Verkehrsträgern benachteiligt werden. "Die Bahn soll in einem fairen Wettbewerb eine faire Chance erhalten", versprach Trittin. Ein Beitrag dazu sei die von der Bundesregierung geforderte Streichung der Eigenheimzulage, da diese Subvention verkehrserzeugend sei und die Abhängigkeit der Menschen vom Auto fördere.

Außerdem sagte Trittin weitere Unterstützung bei der Lärmsanierung zu. Er werde sich dafür einsetzen, dass auch die Lärmschutzmaßnahmen am Fahrzeug finanziell gefördert werden, denn "nur eine leise Bahn ist eine wirklich umwelt- und kundenfreundliche Bahn", so der Minister.

Flugverkehr zahlt keine Ökosteuer
Norbert Hansen, Vorsitzender des Bündnisses Allianz pro Schiene, zeigte sich erfreut über Trittins Versprechungen. Es sei an der Zeit, die für die Bahn unfairen politischen Rahmenbedingungen zu verändern. Ein Beispiel für den Wettbewerbsnachteil der Bahn sei, dass im Flugverkehr keine Kerosinsteuer und keine Ökosteuer gezahlt werde. Zudem erhalte der Straßenbau mehr finanzielle Förderung durch den Bund als die Schiene. "Die Schiene ist der umweltfreundlichste Verkehrsträger und wird dennoch benachteiligt", fasste Hansen die aktuelle Lage zusammen. ▶

Als einen weiteren Wettbewerbsnachteil der Bahn nannte Hartmut Mehdorn, Chef der Deutschen Bahn AG, die erhöhten Strompreise. Seit März 2003 sei Strom 30 Prozent teurer geworden. Das stelle für die Bahn, die etwa drei Prozent aller in Deutschland produzierten Energie einkaufe und damit einer der größten Stromverbraucher sei, ein großes finanzielles Problem dar.

Mehdorn kritisierte, dass die Leistungen der Bahn bei Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu wenig Beachtung fänden. Ohne die Bahn seien die Klimaschutzziele von Kioto nicht zu erreichen. "Müsste der Bahnverkehr in Deutschland von den anderen Verkehrsträgern übernommen werden, würden jährlich 16 Millionen Tonnen Treibhausgas zusätzlich in die Atmosphäre gelangen", rechnete Mehdorn vor. Diesen Umweltvorsprung werde die Bahn gegenüber ihren Wettbewerbern ausnutzen und ausbauen. Dazu gehörten der verstärkte Einkauf von Strom aus regenerativen Energiequellen, eine Ausschöpfung des Potentials der Strom-Rückspeisung und weitere umweltfreundliche Investitionen.

Um allerdings eine wirklich nachhaltige Mobilität zu erreichen, müssten alle Verkehrsmittel besser verzahnt werden, betonte Mehdorn. "Bahnfahren allein ist nicht die Lösung." Er forderte die Bundesregierung auf, bessere Rahmenbedingungen für ununterbrochene Logistik- und Reiseketten zu schaffen. Es könne zum Beispiel nicht sein, dass Flughäfen ohne Bahnanschluss geplant würden.

Defizite beim Lärmschutz

Neben Eigenlob ("Wenn keiner uns lobt, loben wir uns eben selbst!") räumte der Bahnchef ein, dass die Bahn sich in vielen Bereichen noch verbessern könne. Ein Punkt sei der Lärmschutz. "Der Lärm, den die Bahn macht, ist nicht gesundheitsschädlich, aber er nervt." Mehdorn begrüßte die Ankündigung von Umweltminister Trittin, die Bahn bei den erforderlichen Lärmsanierungen zu unterstützen. Zur Zeit werden für 800 Millionen Euro Güterwagen mit Verbundstoff-Bremssohlen ("K-Sohlen") aufgerüstet. Allerdings hätten solche Maßnahmen nur Sinn, wenn eine europaweite Regelung getroffen werde, so Mehdorn, sonst "kommen Züge aus Rumänien und quietschen uns hier die Gegend voll". ▶

Umweltvergleich: Bahn vorn

Richard Mergner, Vorstandsmitglied der Allianz pro Schiene, betonte, die Schiene sei der Hoffnungsträger nachhaltiger Verkehrspolitik. Der im August von der Schienenallianz veröffentlichte Umweltvergleich der Verkehrsträger zeige deutlich den Systemvorteil der Bahn. Die Umweltdaten wurden für Bahn, Pkw, Lkw und Flugzeug in den Kategorien Energieverbrauch, CO₂-Emissionen, Partikel-Emissionen, Flächenverbrauch und externe Kosten erhoben. In allen Bereichen habe die Bahn um ein Vielfaches besser abgeschnitten als die anderen Verkehrsmittel.

Mergner sprach sich wie Mehdorn für funktionierende Mobilitätsketten "von Tür zu Tür" aus: "Ich bin nicht autofeindlich." Die Ergebnisse des Berichts müssten jedoch von den Politikern beachtet werden. Eine Erhöhung der Investitionen für die Bahnstreckenmodernisierung zu Lasten des Flughafen- und Straßenausbaus sei eine logische Konsequenz aus der neuen Studie. "Schiene vor Straße" müsse von nun an das Motto lauten, sagte Mergner. Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe verfolge anscheinend eher den Leitsatz "Straße vor Schiene". Der im Juli verabschiedete Verkehrswegeplan führe zu einer Verdoppelung des Flug- und Güterverkehrs bis 2015 und damit zu einer Steigerung der Emissionen um zehn Prozent. Die daraus resultierenden Kosten müsse die Allgemeinheit tragen: "Für Klimakatastrophen wie Flut und Dürre zahlen wir alle." (vl) ■ ●

Straßenbau durch Schutzgebiete erschwert

Vogelschutzgebiet als Tabuzone

Die Planung einer Straße, die einen wertvollen und schutzwürdigen Naturraum durchquert, leidet an einem planungsrechtlichen Fehler, wenn Straßenbaualternativen, die diesen Naturraum umfahren, nicht ausreichend untersucht worden sind. Dies teilte der Informationsdienst ALUVOGEL mit, der aktuelle Umwelt-Gerichtsverfahren auswertet. Im besonderen Maße gelte dies dann, wenn hierbei ein Vogelschutzgebiet beeinträchtigt wird, das so schutzwürdig ist, dass es einer "Tabuzone" gleicht oder nahe kommt. Der Schutz von Natur und Landschaft hat dann einen wesentlich höheren Stellenwert als die Planung eines Straßenbauvorhabens durch ein solch wertvolles Schutzgebiet. (or) ■

Lesenswert

Mobilität im Jugend- und Erwachsenenalter - Langzeitstudie

Für diese einzigartige Studie gaben rund 300 Jugendliche fünf Jahre lang Auskunft über die von ihnen genutzten Verkehrsmittel, ihre Autowünsche, den Erwerb des Führerscheins und das erste eigene Auto, ihren Fahrstil, eventuelle Unfälle, ihr Freizeitverhalten und anderes mehr. Im zweiten und vierten Jahr wurden vergleichend dazu auch Erwachsene befragt. Damit lassen sich individuelle Veränderungen im Lebenslauf detailliert bestimmen und gesellschaftliche Einflüsse bzw. Veränderungen im Zeitgeist davon abgrenzen. Des Weiteren gaben die Befragten Auskunft zu ihren Werthaltungen, ihren Einstellungen zu Umwelt und Technik, ihrer Zukunfts- und Berufsorientierung sowie ihrer sozialen Herkunft, mit denen ihr Mobilitätsverhalten erklärt werden konnte. Es wird u.a. gezeigt, dass Wertorientierungen die Wahl von Verkehrsmitteln beeinflussen und den "Mobilitätstyp" mitbestimmen. Sehr unterschiedlich sind die fahrzeugbezogenen Werthaltungen: Für manche ist ein Auto so bedeutsam, dass es Teil des Selbstbildes wird und zur Selbstergänzung herangezogen wird; andere nehmen es eher pragmatisch, während dritte ein hochwertiges Fahrzeug bevorzugen und auch auf Sicherheit Wert legen. Dargelegt werden auch einige Gründe für die geäußerte Bereitschaft, der Umwelt zu Liebe auf einige Autofahrten zu verzichten und eher das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.

Rezension: Umweltbibliothek Leipzig
www.umweltbibliothek-leipzig.de

Wolfgang Scholl, Hubert Sydow (Hrsg.):
 Mobilität im Jugend- und Erwachsenenalter. Eine fünfjährige Längsschnittstudie zu Mobilitätsformen, Fahrzeugvorlieben, Freizeit- und Risikoverhalten und deren Abhängigkeit von Umwelt- und Technikeinstellungen, Werten und Persönlichkeit, Waxmann Verlag 2002, ISBN 3-8309-1244-7

■

- **Bahn soll billiger, leiser und praktischer werden**

Allianz pro Schiene, Chausseestr. 84,
 10115 Berlin
 Tel. 030 / 275945-59, Fax -60
 eMail: info@allianz-pro-schiene.de
 Internet: www.allianz-pro-schiene.de

Umwelt-Infodienste

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ausgewählten ökologischen Themen senden Ihnen diese Informationsdienste per eMail zu - fast ausschließlich kostenlos. Bestellen Sie bitte bei den angegebenen eMail- oder Internet-Adressen. Korrekturen an dieser Zusammenstellung bitte an die DRB-Redaktion. (mb)

Umwelt - alle Themen

DNR Info-Service (täglich bis wöchentlich, themenspezifisch)
eMail: info-berlin@dnr.de (formlos, Themenbereiche genau angeben)
Internet:
www.dnr.de/publikationen/infoservice

ots.e-mail (täglich; sehr umfangreich, mit Meldungen der großen Umweltverbände, von UBA und BMU)
Internet: www.presseportal.de/otsabo/subscribe.htm ("ots-Umwelt/Natur" [unter "Vermischtes"])

Umweltschutz-NEWS.de (wöchentlich)
Internet:
www.umweltschutz-news.de (unten)

ngo-mail (täglich; nicht nur Umwelt, aus NGO-Sicht)
Internet:
www.ngo-online.de/newsletter.php4

Informationsdienst Wissenschaft - idw (täglich; eher Technik-orientiert)
Internet: http://idw-online.de/public/neuanmelden.html

indymedia Ökologie (mehrmals wöchentlich; Basisinitiativen)
Internet:
http://de.indymedia.org/oekologie (kein Bezug per eMail möglich)

(siehe auch ökom, Sonnenseite, vista verde, vzbv, WWF)

Agrarpolitik

Attac AgrarNetz (täglich)
Internet: http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/attac-agrarnetz

ZADI-Newsletter (wöchentlich)
Internet: www.zadi.de/produkte/produkte_newsletter.htm

BMVEL-Informationen (wöchentlich)
eMail: ursula.siebert@bmvvel.bund.de (formlos)

Artenschutz, Naturschutz u.a.

WWF-Journalisten-Newsletter (täglich; nur WWF-Meldungen)
Internet: www.wwf.de/newsletter

Atomenergie

IPPNW-Newsletter (monatlich, auch Medizin, Frieden u.a. Themen)
Internet: www.ippnw.de/newsletter

indymedia Atom (mehrmals wöchentlich; Basisinitiativen, Anti-Atom-Aktionen)
Internet:
http://de.indymedia.org/castor (kein Bezug per eMail möglich)

Energie

BINE Newsletter (mehrmals monatlich; Technik, Politik)
Internet: http://bine.fiz-karlsruhe.de/anm_newsletter.php

Sonnenseite Newsletter (wöchentlich; erneuerbare Energien, weitere Themen; teilweise populistisch)
Internet: www.sonnenseite.com (unten links)

sfv-rundmail (mehrmals monatlich; Solarenergie, Erneuerbare Energien, Politik)
eMail: zentrale@sfv.de (formlos)

vzbv (siehe Verbraucherschutz)

Entwicklung, Weltwirtschaft

W&E-Sonderdienst (monatlich)
eMail: rfalk@pt.lu (formlos)
Internet: www.weedbonn.org/mailman/listinfo/weed-news

EU-Umweltpolitik

EU-Ökonews (monatlich)
Internet:
www.hiltrud-breyer.de/newsletter.php

EU-Rundschreiben (monatlich)
(siehe "Interaktiv", letzte Seite)

Gentechnik

genPost (täglich; sehr ergiebig)
eMail: genpost-request@gen.free.de (Betreff: "Subscribe", Text "subscribe")
Internet: www.gene.ch/listmenu.html

TransGen (aus Verbraucherschutz-Sicht, teils "neutraler" Standpunkt)
Internet: www.transgen.de ("Info Mail")

Gentech-news (14-tägig)
eMail: info@blauen-institut.ch (Betreff: "subscribe d")
Internet: www.blauen-institut.ch

Globalisierungskritik

attac-d-presse, attac-d-info u.a.
Internet: www.attac-netzwerk.de/ mailing.html

Nachhaltigkeit u.a.

ökom Newsletter
Internet: www.oekom.de/verlag/german/newsletter

Nachhaltiges Wirtschaften

UmweltDialog
Internet: www.umweltdialog.de ("Newsletter abonnieren")

B.A.U.M.-@-News

(monatlich)
eMail: redaktion@baumev.de (formlos)
Internet:
www.baumev.de/Service/mail.htm

Umweltfreundliche Beschaffung

beschaffung-info.de
(kein Bezug per eMail möglich)
Internet: www.beschaffung-info.de/web/php/service.php4

Umwelttechnik

DBU-Press-E-Mail-Ticker (weitere Themen)
Internet:
www.dbu.de/press/maillticker.php

Verbraucherschutz

Stiftung Warentest Newsletter
Internet: www.warentest.de ("Newsletter", Auswahl "Umwelt + Energie")

vzbv Presseschau (Verbraucherzentrale; täglich)
Internet: www.vzbv.de/go/presskontakt/presseschau

Verkehr

mobilogisch! (früher: IDV; aus Sicht der Verkehrs-BIs, vierteljährlich)
Kosten: 3,50 Euro pro Ausgabe
eMail: info@umkehr.de (kein Bezug per eMail möglich)
Internet: www.umkehr.de ("Angebote")

Wasser

BBU-Wasser-Rundbrief (14-tägig)
Kosten: 1,- Euro pro Ausgabe
eMail: nik@akwasser.de (Bezug per eMail nur bedingt möglich)
Internet: www.ak-wasser.de/service/rundbrief/rundbrief.html

WasserBlatt/Netzwerk Wasser (wöchentlich)
eMail: wasser@grueneliga.de (formlos)

Verweise auf frühere Ausgaben

Der Deutschland-Rundbrief beschränkt sich auf aktuelle Informationen. Deshalb wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.02" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2002 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.02". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb, "Bisherige Ausgaben".

Dank, Empfehlung

Für die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief dankt die Redaktion allen Beteiligten, besonders den Gastautor/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden. Vor allem die im voranstehenden Serviceteil aufgeführten eMail-Infodienste sind auch für alle zu empfehlen, die sich unabhängig, aktuell und kostengünstig über bestimmte Umweltthemen informieren lassen wollen.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefs. Dort finden Sie
 - die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
 - bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
 Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Gastbeiträge willkommen

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge in Absprache mit der Rundbrief-Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

EU-Rundschreiben

Beiträge und Informationen zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Wir senden oder mailen Ihnen gern ein kostenloses Probeexemplar. Probelesen im Internet: www.dnr.de/publikationen/eur

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung

Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden gern ein kostenloses Probeheft zu. Probelesen im Internet unter: www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief ab Ausgabe:

- als Privatperson
- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
- 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation
- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
- 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement
- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug
- Kontonummer:

Absender/in
 Vorname, Name:
 ggf. Organisation:
 ggf. Funktion:
 Straße/PF:
 PLZ, Ort:
 Tel./Fax:
 eMail:

Geldinstitut:
 Bankleitzahl:

- gegen Rechnung an die oben angegebene / folgende Adresse: